Proteste in Frankreich: Ernste Themen und Krawall

Anfangs waren die Proteste noch friedlich.
Foto: Jeremias Gonzalez/AP/dpa

Seit Wochen gehen in Frankreich viele Jugendliche auf die Straße. Sie demonstrieren für bessere Schulen und bessere Chancen für ihre Zukunft. Am 17. Oktober kam es bei einigen Demonstrationen zu schweren Ausschreitungen, auch in Städten ganz in der Nähe der luxemburgischen Grenze. Wie konnte es so weit kommen?

Wie haben die Proteste begonnen?

Angefangen hat alles im September 2026 an einer Schule in Créteil, einem Vorort von Paris. Dort fehlten gleich mehrere Lehrkräfte und andere Mitarbeitenden. Einen normalen Stundenplan einzuhalten, war nicht mehr möglich. Die Lehrerinnen und Lehrer streikten. Die Schülerinnen und Schüler stellten sich auf ihre Seite. Sie blockierten ihre Schule und verlangten, dass sich etwas ändert.

Über die sozialen Netzwerke sprach sich das schnell herum. Bald machten Jugendliche in ganz Frankreich mit. Viele erzählten von ähnlichen Problemen an ihrer Schule: zu wenige Lehrkräfte, zu große Klassenverbände, kaputte und veraltete Schulgebäude.

Die Jugendlichen wünschen sich auch Stundenpläne, die besser zu der Welt passen, in der sie aufwachsen. Sie fordern außerdem ein faires Verfahren, wenn sie sich um einen Studienplatz bewerben. Viele haben Angst, später keine gute Ausbildung oder Arbeit zu finden.

Die französische Regierung hat auf die Forderungen der Demonstrierenden schon reagiert. Sie verspricht zusätzliche Vertretungslehrkräfte und will mit den Jugendlichen reden, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Vielen Schülerinnen und Schülern ist das aber zu wenig.

In Paris wurde für bessere Schulen demonstriert.
Foto: Shutterstock/Pierre Laborde

Warum kam es am 17. Oktober zu Krawallen?

Am 17. Oktober waren nicht nur Schülerinnen und Schüler unterwegs. Auch Gewerkschaften und die so genannten „Gelbwesten“ (französisch: „Gilets jaunes“) hatten zu Demonstrationen aufgerufen. Die Gelbwesten kennt man in Frankreich schon seit 2018. Das sind Menschen, die dagegen protestieren, dass das Leben immer teurer wird. 2018 richteten sich ihre Proteste zuerst gegen die hohen Benzin- und Dieselpreise. Später kamen weitere Forderungen dazu, zum Beispiel gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Gemeint ist das Geld, das man zum Leben braucht, etwa für Essen, Kleidung, Strom und die Wohnung. Die Gelbwesten machen die französische Regierung dafür verantwortlich, dass das Leben so teuer ist. Sie sagen, es werde schlechte Politik gemacht, Politik zum Nachteil der einfachen Leute.

In Paris brannten die Autos.
Foto: Julien Mattia/Le Pictorium via ZUMA Press/dpa

Am 17. Oktober kamen also Menschen mit unterschiedlichen Anliegen zusammen. Laut offiziellen Zahlen demonstrierten in ganz Frankreich etwa 550.000 Menschen. Die allermeisten blieben friedlich.

In mehreren Städten geriet die Lage aber außer Kontrolle. Geschäfte wurden geplündert, Fahrzeuge in Brand gesteckt und Gebäude beschädigt. In Limoges brannte sogar das historische Rathaus. Es wird Monate, zum Teil sogar Jahre dauern, bis die Schäden beseitigt sind. Nicht alle Geschäfte, die zerstört wurden, können wieder eröffnen. Das schadet nicht der Regierung, sondern den Geschäftsleuten, die vom Verkauf ihrer Waren leben.

An den Krawallen waren vor allem gewaltbereite politische Gruppen beteiligt. Manche dieser Gruppen wollen den Staat und die Gesellschaft grundlegend verändern. Sie greifen deshalb beispielsweise Banken oder Polizeistationen an, weil sie diese als Zeichen der Macht betrachten. Bei den Demonstrationen waren auch sogenannte „Black Blocs“ zu sehen. Das sind Gruppen von Menschen, die sich schwarz kleiden und vermummen, damit man sie schwerer erkennen kann. Andere Gewalttäter hatten offenbar keine politischen Ziele. Sie nutzten das Durcheinander, um Geschäfte zu plündern. Wer genau für welche Taten verantwortlich ist, wird noch untersucht.
An manchen Orten fehlten Polizeibeamte und -beamtinnen, die für mehr Ordnung hätten sorgen können. An anderen Orten ging die Polizei gewaltsam gegen die Demonstrierenden vor, auch gegen Schülerinnen und Schüler.

Mit den eigentlichen Forderungen der Jugendlichen hat diese Zerstörung jedenfalls nichts zu tun. Es waren auch längst nicht alle an Krawall und Chaos interessiert. Die meisten Menschen demonstrierten friedlich.

Auch nahe Luxemburg gab es Krawalle

In Thionville, Longwy und anderen Orten in der Nähe von Luxemburg wurde ebenfalls protestiert. Dort ging es vor allem um die hohen Lebenshaltungskosten. In Metz gingen am 17. Oktober rund 5.200 Menschen auf die Straße. Später warfen Vermummte Steine und Feuerwerkskörper auf Polizisten und Polizistinnen. Ein Geschäft wurde geplündert, mehrere Menschen wurden verletzt.

Auch in Nancy gab es Zusammenstöße zwischen gewaltbereiten Menschen und der Polizei, Plünderungen und Feuer auf den Straßen.

Auch Metz wurde nicht verschont.
Screenshot: France 3 Grand Est

An vielen Orten in Frankreich wurde friedlich demonstriert.
Screenshot: TF1

Proteste in anderen Ländern

Nicht nur in Frankreich gingen Menschen auf die Straße. Die Ereignisse in Frankreich inspirierten viele Menschen in anderen Ländern, ebenfalls zu demonstrieren. In Belgien protestierten Jugendliche in Brüssel und Lüttich gegen steigende Kosten für Schule und Studium. In Brüssel kam es dabei zu Zusammenstößen mit der Polizei.

In Italien kam es bei Demonstrationen in Mailand, Turin und Bologna zu Ausschreitungen. Dort ging es vor allem um hohe Preise und soziale Probleme.

In Lissabon in Portugal forderten Menschen höhere Löhne und Wohnungen, die man sich leisten kann.

Schwere Unruhen gab es auch in Tirana, der Hauptstadt Albaniens. Dort richtete sich der Protest unter anderem gegen Korruption, also gegen Mitglieder der Regierung oder Beamte in Ministerien, die Menschen oder Firmen gegen Bezahlung unerlaubt Gefallen tun.

Die Gründe für die Proteste sind überall ähnlich. Eine gemeinsame Organisation, die alles lenkt, gibt es aber nicht.

Was sagt Präsident Macron?

Am Sonntagabend, dem 18. Oktober, wandte sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Fernsehen an die Bevölkerung.

Die Gewalt verurteilte er klar. Gleichzeitig sagte er, dass die friedlichen Demonstrierenden berechtigte Anliegen hätten. Die Sorgen der Jugendlichen müsse man ernst nehmen.

Macron kündigte Gespräche an. Die Regierung soll sich mit Jugendlichen, Lehrkräften und anderen Gruppen an einen Tisch setzen. Außerdem soll geklärt werden, warum die Polizei die Ausschreitungen nicht besser verhindern konnte. Fertige Lösungen für alle Probleme präsentierte Macron allerdings nicht.

Foto: Ludovic Marin/POOL AFP/dpa